



Pressemappe

Krautheimer Gespräche
20. März 2009
mit MdB Dr. Ilja Seifert



Krautheimer Gespräche

Themenschwerpunkte

- Reform der Eingliederungshilfe
- Teilhabegeld
- Nachteilsausgleiche
- selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen

20.03.2009, 17.30 – 19.15 Uhr im Ergoraum des Eduard-Knoll-Wohnzentrums für schwerstkörperbehinderte Menschen

Im Podium:



MdB, Die Linke, Dr. Ilja Seifert, behinderten- und tourismuspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag



Karl Finke, Mitglied des BSK-Bundesvorstandes –
Gesprächsleitung



Irmgard Winkler, Stellvertretende Bundesvorsitzende



Gerwin Matysiak, Stellvertretender Bundesvorsitzender



In den Krautheimer Gesprächen werden in regelmäßigen Abständen aktuelle politische Themen mit hochrangigen Vertretern der Behindertenpolitik und Mitgliedern des BSK-Bundesvorstandes erörtert. Die nächsten Krautheimer Gespräche finden am 5.06.2009 mit MdB Markus Kurth, Sprecher für Sozial- und Behindertenpolitik der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, statt.

Winkler
Vorstand

Inhalt

Podiumsteilnehmer

Vita, Dr. Ilja Seifert

Behindertenpolitik

Kontakt Daten

Vorstellung BSK e.V.

Sozialpolitisches Programm BSK

BSK-Vorstand und Landesvertretungen

Pressekontakt:



BSK e.V.
Peter Reichert
Altkrautheimer Straße 20
74238 Krautheim
Tel.: 06294 4281 25
pressearbeit@bsk-ev.org
www.bsk-ev.org

Vita privat



- Geboren am 06.05.1951
 - Seit 1967 durch Badeunfall querschnittsgelähmt
 - 1970 Abitur an der Sonderschule für Körperbehinderte in Birkenwerder
 - 1971–1975 Germanistik-Studium an der Humboldt-Universität zu Berlin
 - 1975–1980 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR
 - 1980 Promotion zum Dr. phil.
 - 1981–1990 kulturpolitisch-wissenschaftlicher Mitarbeiter am Berliner Haus für Kulturarbeit
 - 1976–1990 nebenberuflich Literaturkritiker
-
- Seit 1990 mehrere Buchpublikationen (Lyrik, Essayistik)
 - Seit 1995 Partner des Sachverständigenbüros für barrierefreies Leben "Seifert & Schröder" in Berlin
 - Seit 2003 Lehraufträge an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Karls-Universität Prag

Vita politisch

- 1974–1990 Mitglied der SED
- Seit 1990 Mitglied der PDS – jetzt Linkspartei
- 1990 Gründungspräsident des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland "Für Selbstbestimmung und Würde" e.V.
- 1990–1992 und 2002-2004 Mitglied des PDS-Bundesvorstandes
- Seit 1999 Vorsitzender des Berliner Behindertenverbandes
- Seit 1996 Vertreter des Deutschen Behindertenrates im Europäischen Behindertenforum
- 1996–2008 stellv. Vorsitzender, seit 2008 Vorsitzender des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland – Für Selbstbestimmung und Würde e.V.

Mitgliedschaften und Funktionen

Ehrenämter

- Vorsitzender des Berliner Behindertenverbandes
- Vorsitzender des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland
- Vertreter des Deutschen Behindertenrates im Europäischen Behindertenforum

Sprecherfunktionen

- Behindertenpolitischer Sprecher der Fraktion Die LINKE
- Pflegepolitischer Sprecher der Fraktion Die LINKE
- Tourismuspolitischer Sprecher der Fraktion Die LINKE

Parlamentarische Ausschüsse

- Mitglied im Ausschuss für Gesundheit
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- Obmann im Ausschuss für Tourismus

Arbeitskreise der Fraktion die LINKE

- Mitglied im Arbeitskreis „Regional- und Strukturpolitik, Ostdeutschland, Haushalt und Umwelt“ der Fraktion DIE LINKE
- Mitglied im Arbeitskreis „Gesundheit und Soziale Sicherung“ der Fraktion DIE LINKE

Gremien

- Mitglied im Kuratorium des Deutschen Seminars für Tourismus Berlin e.V.
- Mitglied der Kommission für die Bau- und Raumangelegenheiten beim Ältestenrat
- Mitglied im Beirat für Fragen des sorbischen Volkes

Parlamentariergruppen

- Stellv. Mitglied der Deutsch-Tschechischen Parlamentariergruppe
- Mitglied der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe
- Mitglied der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe
- Stellv. Vorsitzender der Deutsch-Belorussischen Parlamentariergruppe
- Mitglied der Deutsch-Russischen Parlamentariergruppe

Bundesregierung verzögert Aktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention

Pressemitteilung vom 11.03.2009

Zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Schritte zur Umsetzung der UN-Behinderten-rechtskonvention“ (Drucksache 16/12043) erklärt deren behindertenpolitischer Sprecher Dr. Ilja Seifert:

Vollmundig lobt die Bundesregierung sich, ihre Behindertenpolitik und neuerdings auch die inzwischen in der Bundesrepublik Deutschland ratifizierte UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Nun müssen aber Taten den Worten folgen. Deswegen fordern die selbstbestimmte Behindertenbewegung, der Deutsche Behindertenrat und auch DIE LINKE einen konkreten Aktionsplan zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention.

Trotz netter Worte der Kanzlerin und des Sozialministeriums gegenüber den Behindertenverbänden zu diesem Anliegen scheint davon nicht mehr viel übrig zu sein. Keine der acht Fragen zum Aktionsplan und zur Umsetzung in den Bundesländern wurde beantwortet. Statt dessen heißt es: „Die Bundesregierung hat mit der Prüfung geeigneter Wege zur Umsetzung der Forderung des Übereinkommens, Behinderung als Teil der Vielfalt menschlichen Lebens wahrzunehmen und behinderten Menschen eine selbstbestimmte und diskriminierungsfreie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, begonnen. Dabei wird auch die Möglichkeit, einen Aktionsplan zu entwickeln, in Betracht gezogen. Der Meinungsbildungsprozess innerhalb der Bundesregierung ist jedoch noch nicht abgeschlossen.“

Zwei Jahre nach Unterzeichnung eines internationalen Übereinkommens hat also die Bundesregierung keine Meinung über deren Umsetzung. Mit einem Aktionsplan dürfte in dieser Wahlperiode nicht mehr zu rechnen sein. Meine Meinung dazu: Im September ist Bundestagswahl.

Pflege muss selbstbestimmte Teilhabe ermöglichen

Pressemitteilung vom 29.01.2009

„Den Empfehlungen des Beirats zum Pflegebegriff müssen schnell weitere Schritte folgen. Assistierende Pflege ist mehr als 'still, satt, sauber': Sie muss selbstbestimmte Teilhabe ermöglichen“, fordert Ilja Seifert anlässlich der heutigen Übergabe des Gutachtens des Beirats zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs an Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt.

Der pflegepolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE weiter: „Die Empfehlungen des Beirats bestätigen die Kritik der LINKEN an der Pflegereform 2008. Der derzeitige Pflegebegriff ist zu eng und zu verrichtungsbezogen. Eine hinwendungsbezogene, sprechende und ganzheitliche Pflege sowie gesellschaftliche Teilhabe werden nicht ermöglicht. Eine Neudefinition des Pflegebegriffs war daher längst überfällig – auch, um Menschen mit demenziellen Erkrankungen endlich in die Pflegeabsicherung einbeziehen zu können.

Bis Ostern 2009 soll der Beirat prüfen, wie ein erweiterter Pflegebegriff umgesetzt werden kann. Hieran müssen sich zügig gesetzgeberische Schritte anschließen. Eine Konsequenz aus dem neuen Pflegebegriff muss die Aufstockung der Pflegeleistungen sein. DIE LINKE hat bereits im letzten Jahr Vorschläge für eine humane und solidarische Pflegeabsicherung ([Drucksache 16/7472](#)) vorgelegt.“

Konjunkturprogramm muss Barrierefreiheit fördern

Pressemitteilung vom 22.01.2009

Obwohl Bundestag und Bundesrat erst vor wenigen Wochen einstimmig und mit großen Sprüchen die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifizierten, spielt die Schaffung von Barrierefreiheit in dem millionenschweren Konjunkturprogramm der Bundesregierung keine nennenswerte Rolle.

Dies wurde in der gestrigen Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage des Behindertenpolitischen Sprechers der Fraktion DIE LINKE, Dr. Ilja Seifert, in der Fragestunde des Bundestages deutlich.

Ilja Seifert: „Offensichtlich müssen vor dem Abbau der bestehenden baulichen Barrieren noch viele Barrieren in den Köpfen der Regierenden beseitigt werden. Das Konjunkturprogramm und alle weiteren öffentlichen Investitionen müssen sich neben sozialen und ökologischen Kriterien auch immer am Kriterium der Barrierefreiheit messen lassen.“

Tourismuspolitische Leitlinien vom Kopf auf die Füße stellen

Pressemitteilung vom 18.12.2008

Zu den gestern von der Bundesregierung erstmalig vorgelegten Tourismuspolitischen Leitlinien erklärt der tourismuspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Ilja Seifert:

Die Initiative, mit „Tourismuspolitischen Leitlinien“ die öffentliche Diskussion über die Entwicklung des Tourismus zu fördern, begrüße ich ebenso, wie ich mich freue, dass das Thema des Barrierefreien Tourismus die Leitlinien von Anfang bis Ende durchzieht.

Erforderlich wäre allerdings, die Herausforderungen der Tourismuspolitik nicht aus den Forderungen der Tourismuswirtschaft abzuleiten, sondern in erster Linie die Bedürfnisse der Menschen nach touristischen

Angeboten, nach Erholung, Bildung und Gesundheit zu befriedigen. Reisemöglichkeiten sind auch für finanzschwache und benachteiligte Bevölkerungsgruppen erforderlich. Kinder- und Jugendtourismus muss stärker gefördert werden und wir brauchen die alljährliche Schulfahrt für alle als Bildungsauftrag. Notwendig sind auch eine Umkehr von den zunehmend prekären Beschäftigungsverhältnissen zu Arbeitsplätzen in der Tourismuswirtschaft, von denen man gut Leben kann.

Seifert's Appell an den Tourismusbeauftragten der Bundesregierung, Ernst Hinsken (CSU): „Stellen Sie die Tourismuspolitischen Leitbilder vom Kopf auf die Füße. Dann kommen wir zu einer sozial gerechten, barrierefreien und ökologisch verantwortbaren Tourismuspolitik. Das dient den Menschen und fördert die Tourismuswirtschaft.“

Unter der Überschrift „Reisen für Alle“ hat DIE LINKE bereits 2007 Tourismuspolitische Leitbilder vorgelegt.

UN-Behindertenrechte in Deutschland umfassend umsetzen!

Pressemitteilung vom 02.12.2008

„Die UN-Behindertenrechtskonvention ist das erste Menschenrechtsabkommen des 21. Jahrhunderts“ betont der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Gregor Gysi, anlässlich der Fraktionsberatungen am Vorabend des Welttages der Menschen mit Behinderungen am 3. Dezember. DIE LINKE diskutiert zur UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und deren Umsetzung in Deutschland mit Dr. Sigrid Arnade und Sabine Häfner von Netzwerk Artikel 3 e.V. teil. Beide haben als Vertreterinnen der selbstbestimmten Behindertenbewegung aktiv an der Erarbeitung der Konvention in New York mitgewirkt.

„Dieses Dokument birgt ein großes Potenzial für die Gestaltung einer humaneren Gesellschaft. Es geht nicht nur um die Teilhabe behinderter Menschen. Auch alle anderen Menschen profitieren von einer barrierefreien Umwelt, einem inklusiven Bildungssystem und dem Wissen, dass ein Handicap nicht das Ende von Teilhabe am Leben in der Gesellschaft bedeutet.“

Ilja Seifert, behindertenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE: „Mit der Ratifizierung der UN-Konvention wird eine neue Etappe im Kampf um die umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderungen beginnen. Notwendig ist der Abbau von Barrieren in den Köpfen, in Gesetzen und im Alltag. Gefordert sind Bund, Länder und Kommunen, Unternehmen und Institutionen – letztlich alle Bereiche der Gesellschaft. Nun müssen die in der Konvention festgeschriebenen Rechte in die innerstaatliche Praxis umgesetzt werden, so dass umfassende Teilhabe tatsächlich gewährleistet ist. Menschen mit Behinderungen werden sich weiterhin zu Wort melden - kompetent und hartnäckig.“

"Zwischenrufe irritieren! Sie fragen nach und erregen Aufmerksamkeit. Im Bundestag beleben sie die Debatte. Ich mache davon gern Gebrauch."

Dr. Ilja Seifert

Kontakt

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Telefon: 0 30 - 22 77 21 76 · Fax: 0 30 - 22 77 61 76

E-Mail: ilja.seifert@bundestag.de

Wahlkreisbüro Görlitz

Mirko Schultze · Schulstraße 8 · 02826 Görlitz

Telefon: 0 35 81 - 66 10 50 · Fax: 0 35 81 - 66 10 51

E-Mail: ilja.seifert@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Zittau

Janet Jähne · Äußere Weberstraße 2 · 02763 Zittau

Telefon: 0 35 83 - 51 76 40 · Fax: 0 35 83 - 51 76 54

E-Mail: ilja.seifert@wk2.bundestag.de

www.ilja-seifert.de

Der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V.

Historie

„Zivilkörperbehinderte sind in wirtschaftlicher, finanzieller und menschlicher Not“, bilanzierte **Eduard Knoll**, Rollstuhlfahrer, 1954 die Situation betroffener Menschen in Deutschland. Ein Jahr darauf gründete er die „Sozialhilfe für Querschnitts- und Kindergelähmte e.V.“, heute Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V.

Das Ziel des Verbandes war damals „die Schaffung eines Betreuungszentrums für Heilung, Wiedereingliederung in Arbeit und gesellschaftliches Leben, Unterbringung, Sport und Erholung“ für Menschen mit Körperbehinderung“.

Der BSK heute

Der BSK ist Interessenvertreter für alle Menschen mit Körperbehinderung. Auszug aus dem Leitbild: *„Das Ziel des BSK ist heute, dass kein Mensch, unabhängig von der Art und der Schwere der Behinderung, gesellschaftlich ausgegrenzt wird. ...Wir fordern deshalb von der Gesellschaft, dass sie Menschen mit Behinderung ermöglicht, ihre eigenen Lebensentwürfe zu verwirklichen. ... Wir setzen dabei das Prinzip der Selbsthilfe und Selbstbestimmung um und fordern von der Gesellschaft, uns dazu die Möglichkeit zu geben“.*

Die **Selbsthilfe** ist wesentlicher Bestandteil der Vereinsarbeit - bis heute: Betroffene Menschen helfen sich durch Erfahrungsaustausch und Beratung gegenseitig, organisieren selbstbestimmt Freizeit- und Sportaktivitäten.

Sozialpolitische Arbeit des BSK

Ein Meilenstein der sozialpolitischen Arbeit war im März 1991 die BSK-Tagung zur Situation der Gleichstellung behinderter Menschen in den USA. Aus dieser Veranstaltung entstanden die Forderungen nach einem Gleichstellungsgesetz in Deutschland. Unter Beteiligung des BSK wurde der verbandsübergreifende „Initiativkreis Gleichstellung Behinderter“ gegründet.

1993 wurde der BSK mit weiteren Verbänden zum Artikel 3 des Grundgesetzes vor der Verfassungskommission angehört.

Seit 1997 beteiligen wir uns unter Einbeziehung der BSK-Gliederungen jährlich am 5. Mai an der größten Bürgerrechtskampagne der Nachkriegszeit, dem „Europäischen Protesttag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft“.

Unsere Forderung an die 1998 gewählte rot-grüne Koalition lautete: „Verabschiedung eines Bundesgleichstellungsgesetzes für Behinderte in die Koalitionsvereinbarung aufzunehmen.“

Bestandteile des aktuellen sozialpolitischen Programms des BSK sind: Selbstbestimmtes Leben, Gleichstellung, Barrierefreier Lebensraum, Arbeit und Beruf, Frauen mit Behinderung, Gesundheitswesen, integrative Erziehung, Freizeit, Internationale Zusammenarbeit, Aktuelle Sozialpolitik

Chronologie – Einrichtungen des BSK

1955	Verbandsgründung
1967	entsteht das Eduard-Knoll-Wohnzentrum für schwerst-körperbehinderte Menschen entsteht. Im Jahre 2003 erfolgte die Einweihung des Neubaus für 80 Bewohner
1972	Gründung der Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung (Neubau 1991). Heute sind hier 90 körper- und mehrfachbehinderte Menschen in den Abteilungen Arbeitstraining, Altgeräte-Recycling, Buchvertrieb, Druckerei, Industriemontage, und Versand beschäftigt.
1976	Bauprojekt „Betreutes Wohnen“ in Krautheim – Neubau von 5 barrierefreien Wohnhäusern
1979	Einweihung des Behinderten-Wohnzentrums in Aachen
1995	Gründung der Service GmbH
2004	Gründung der Elsa-Krauschitz-Stiftung für barrierefreies Wohnen

Selbsthilfe

seit 1969	Gründung von BSK-Gliederungen (Landes- und kommunale Vertretungen). Heute sind bundesweit in ca. 140 BSK-Gliederungen Mitglieder und behinderte Menschen vor Ort aktiv und organisieren Angebote wie: <ul style="list-style-type: none">• Mobile Dienste (Begleitung bei Behördengängen, Einkäufen, Hauswirtschaftspflege, Fahrdienst)• Betroffene beraten Betroffene (peer counseling)• Begleitung nach der medizinischen Rehabilitation• regelmäßige Erfahrungsaustausche• gesellige, kulturelle und Sportveranstaltungen• Beratung und Fachtagungen zum barrierefreien Planen und Bauen, ÖPNV, SPNV, u.a.• Interessenvertretung gegenüber Behörden, Krankenkassen, Versicherungen und Politik
2001	Gründung eines BSK-Experten-Teams: Kostenlose Beratung von und für betroffene Menschen zu Themen, wie Sozialrecht, Hartz IV, Grundsicherung Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Hilfsmittel, berufliche Eingliederung, barrierefreies Bauen und Wohnen, barrierefreier öffentlicher Personenverkehr und barrierefreies Reisen.
jährlich	Tagungen und Schulungen für ehrenamtlich tätige Mitglieder und interessierte Fachgruppen.

Freizeit/Erholung

seit 1965	Erholungsfreizeiten für Rollstuhlfahrer; heute BSK-eigener Reiseservice mit Angeboten für barrierefreie Gruppen- und Individualreisen
-----------	---

Integration durch Projektarbeit

BSK-Schulprojekte

In Kooperation mit Regelschulen, Schulen für Körperbehinderte, Bewohnern des Eduard-Knoll-Wohnzentrums, BSK-Bereich Hohenlohe-Franken und den Werkstätten für Menschen mit Behinderung veranstalten wir regelmäßig Projekte. Unser Ziel ist es, junge Menschen für die Probleme und Ansprüche von behinderten Menschen mit Behinderung zu sensibilisieren sowie Vorurteile und Berührungsängste abbauen.

- 2003 Projekt: „Miteinander Leben – Menschen mit Handicap“
2004: Projekt: „Miteinander voneinander lernen“
2005: Projekt: „Berührungängste abbauen“
2006/2007: Projekt: „Soziales Engagement“

Weitere BSK-Projekte

- 2005/2006: „Gehwegparker- und Falschparker-Karten“ für mehr Mobilität im Straßenverkehr (ausgezeichnet von der Deutschen Verkehrswacht
2006/2007: „Wir machen Sie mobil“ – KFZ-Führerschein-Ausbildung für Rollstuhlfahrer
2008: Mobilitätstraining für Kinder und Jugendliche – Kooperation zwischen dem BSK und der GFIS GmbH.
jährlich: Projekt „Malen mit Handicap“ – Kunstkalender gestaltet von Menschen mit Körperbehinderung. Ausstellung einer Auswahl der Originalgemälde.

Verbandsübergreifende Gremienarbeit

Im Rahmen der **verbandsübergreifenden Gremienarbeit** wird ebenfalls die Interessenvertretung für Menschen mit Behinderung praktiziert, z.B. in Stellungnahmen, bei Anhörungen zu Gesetzesvorhaben. Unsere gemeinsamen Proteste und Aufklärungsaktionen wie Gesundheitsreformen haben dazu geführt, dass zumindest einige Regelungen der Gesundheitsreform, der falschen Umsetzung der EU-Richtlinie in nationales Recht entschärft oder gar gestrichen wurden.

Der BSK ist Mitglied

- der BAG-Selbsthilfe
- des Paritätischen Gesamtverband
- und des Deutschen Spendenrates
-

In folgenden Gremien und Aktionsbündnissen sind BSK-Mitglieder aktiv vertreten

- Arbeitsausschuss des Deutschen Behindertenrates
- Verbandsrat des Paritätischen Gesamtverbandes
- Arbeitskreis Frauen und Behinderung der BAG-Selbsthilfe
- Arbeitskreis chronisch Kranke der BAG-Selbsthilfe
- Gemeinsamer Bundesausschuss, Unterausschuss Heil- und Hilfsmittel
- Arbeitskreis Behinderte in den Medien
- Nationale Koordinationsstelle Tourismus für Menschen mit Behinderungen